

# Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 18.—, halbjährlich Fr. 9.50, vierteljährlich Fr. 4.80. Ausland jährlich Fr. 36.—, halbjährlich Fr. 18.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die Postämter und die Verwaltung des «Liechtensteiner Volksblatt» in Vaduz, Altenbachstrasse, Tel. (075) 221 43, Postcheckkonto IX 2988 St. Gallen. Redaktion: Vaduz, Commerzhause, Telefon (075) 2 13 94. Druck: Buchdruckerei Gutenberg, Schaan, Liechtenstein



Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame  
Inland 10 Rp. 25 Rp.  
Angrenzendes Rheintal, Sargans bis Sennwald 12 Rp. 27 Rp.  
Schweiz 13 Rp. 29 Rp.  
Uebrigtes Ausland 15 Rp. 33 Rp.  
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 221 43. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG. St. Gallen, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

AZ Vaduz - Dienstag, 29. Januar 1963

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

97. Jahrgang — Nr. 15

Dr. Richard Bremer (Bonn)

## Die Zeit arbeitet für die deutsche Landwirtschaft

(CEA) In der Bundesrepublik haben sich, grob gesehen, zwei agrarpolitische Fronten herausgebildet. Die eine wird repräsentiert durch die politischen Parteien, dem Bundestag, der Bundesregierung und dem landwirtschaftlichen Berufsstand, geführt vom Deutschen Bauernverband. Auf der anderen Seite befindet sich ein kleiner, aber einflussreicher Kreis von Universitätsprofessoren; dazu kommen bestimmte Wirtschaftskreise, und ausserdem sind in diesem Lager viele Zeitungen, Zeitschriften und Fachblätter.

Der bäuerliche Berufsstand und die offizielle Agrarpolitik stimmen in einer Reihe von Grundauffassungen überein, wengleich der Berufsstand manchmal der Ansicht ist, die praktische Durchführung der erklärten Agrarpolitik lasse zu wünschen übrig. Nach der Regierungserklärung ist diese Agrarpolitik bestrebt, möglichst viele selbständige Existenzen auf dem Lande zu erhalten. Das klingt überein mit der gesamten Mittelstandspolitik. Es ist aber in der Regierungserklärung auch über den Charakter der Landwirtschaft etwas gesagt; denn in ihr ist niedergelegt, dass das Gesicht der deutschen Kulturlandschaft durch eine intensive Landwirtschaft geprägt sein soll.

Vor dem Deutschen Bundestag liegt ein Gesetzesentwurf über die Sicherung der Versorgung mit Erzeugnissen der Ernährungs- und Landwirtschaft sowie der Forst- und Holzwirtschaft. Ohne Zweifel wäre die Bundesrepublik nicht fähig, sich zu verteidigen, wenn sie das landwirtschaftliche Potential nicht weitgehend ausschöpft, denn die Versorgung der Bevölkerung in Zeiten internationaler Spannungen wird durch einen hohen Grad der Selbstversorgung wesentlich erleichtert. Die Inlandsproduktion deckt zur Zeit etwa siebenzig Prozent des Verbrauches von Nahrungsmitteln; der Rest muss eingeführt werden.

Auf der Seite der Agrarpolitik, die möglichst viele selbständige Existenzen in der Landwirtschaft erhalten will, stehen die Tatsachen des Lebens. Sie besagen, dass die Produktion gebraucht wird und nicht heruntergedrückt werden darf. Sie besagen weiter, dass in der Landwirtschaft im grossen und ganzen kein nennenswerter Ueberschuss an Arbeitskräften mehr besteht; im Gegenteil herrscht in den Betriebsgrössenklassen über 10 ha ein empfindlicher Mangel an Arbeitskräften, der sich noch dadurch verstärken wird, dass die Abwanderung weitergeht und für die älteren Kräfte kaum noch der jüngere Ersatz in genügender Breite nachrückt. Wieweit aus der Grössenklasse zwischen 2 und 10 ha noch Arbeitskräfte frei werden, muss die Zukunft lehren. Der Sog der Industrie ist schon in den letzten Jahren sehr stark gewesen, und die Betriebe unter 10 ha haben bereits 1,2 Mio Vollarbeitskräfte verloren.

Die Gegenseite aber erklärt, es müssten noch 600 000 bzw. 900 000 Vollarbeitskräfte die bundesdeutsche Landwirtschaft verlassen, und der Bestand der Bauernhöfe müsse von etwa 1,2 Mio Betrieben auf 200 000 bis 300 000 zu-

sammenschmelzen. Die Grundlage dieser Anschauungen bildet neuerdings das sogenannte Professoren-Gutachten, das Mitte Oktober 1962 der deutschen Öffentlichkeit übergeben worden ist. Es handelt sich um ein gemeinsames Gutachten von acht Professoren, von denen vier von Bundesminister Schwarz berufen wurden, während die anderen vier wirtschaftswissenschaftliche Berater der EWG-Kommission in Brüssel sind. Das Gutachten hatte zu untersuchen, wie eine Senkung der Agrarpreise im Rahmen der EWG-Politik auf die Einkommensverhältnisse der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland wirken würde. Im Mittelpunkt steht dabei der Getreidepreis. Das Gutachten hat bestätigt, dass dieser der Schlüssel des Agrarniveaus überhaupt ist, und hat ausserdem festgestellt, dass die Verluste, die der deutschen Landwirtschaft durch eine Senkung des deutschen Getreidepreises auf ein mittleres EWG-Niveau entstehen würden, nicht etwa durch eine Verstärkung der Veredelungswirtschaft wieder wettgemacht werden könnten.

Diese Feststellungen sind sehr positiv zu werten: Das Gutachten macht aber den Fehler, dass es eine Senkung des deutschen Getreidepreiseniveaus für unausweichlich erklärt. Damit begibt es sich auf das politische Feld, und diese politische Stellungnahme für die Wünsche der EWG-Kommission ist es, die in der deutschen Landwirtschaft mit Recht grosse Erregung hervorgerufen hat.

Die deutsche Landwirtschaft ist ein Teil der deutschen Gesamtwirtschaft. Ihre Unkosten, die Höhe ihrer Löhne und die Preise für ihre Produktionsmittel werden nicht von ihr selbst bestimmt, sondern ihr von der übrigen Wirtschaft und dem allgemeinen Lebensstandard in der Bundesrepublik auferlegt. Es ist undenkbar, dass die deutsche Landwirtschaft besonders billig sein könnte; denn die Bundesrepublik ist innerhalb der EWG das Land mit den höchsten Löhnen und den kürzesten Arbeitszeiten. Es ist ausgeschlossen, dass etwa die deutsche Lohnhöhe auf eine mittlere EWG-Linie heruntergedrückt und die durchschnittliche Arbeitszeit wieder verlängert werden könnte. Hier ist von der mittleren Linie keine Rede. Die deutsche Landwirtschaft hat bisher zwar infolge ihrer unzureichenden Einkommen innerhalb der Bundesrepublik auf einer der untersten Sprossen der sozialen Stufenleiter ge-

standen, aber sie war noch nicht unter den Rahmen der deutschen Gesamtwirtschaft heruntergedrückt. Sie sieht nicht ein, weshalb sie als einziger Stand absteigen soll, während alle anderen erwarten, dass die EWG ihnen auf die Dauer Vorteile bringen wird. Die EWG strebt die stetige Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen ihrer Völker als wesentliches Ziel an. Die deutsche Landwirtschaft vermag nicht einzusehen, weshalb das nicht auch für sie gelten soll.

In voller Uebereinstimmung mit Bundesernährungsminister Werner Schwarz steht die deutsche Landwirtschaft daher auf dem Standpunkt, dass ihr Getreidepreis nicht gesenkt werden darf. Würde das plötzlich geschehen, müssten schwere Erschütterungen die Folge sein, und man würde in der Bundesrepublik Bauernunruhen bekommen, wie sie bisher noch nicht zu verzeichnen waren. Die deutsche Landwirtschaft hält einen anderen Weg für gangbar, nämlich den, dass das deutsche Getreidepreiseniveau erhalten bleibt, und dass sich die anderen Länder ihm allmählich annähern. Sie glaubt, dass die Zeit für sie arbeitet. Da die Löhne und Sozialleistungen nur nach oben angeglichen werden können, werden zwangsläufig in den gegenwärtigen Niedrigpreisländern die Unkosten steigen, so dass auch sie ihre Preise erhöhen müssen. Der vom Deutschen Bauernverband vorgeschlagene Weg des allmählichen Angleichens nach oben dürfte derjenige sein, der den Gegebenheiten des wirklichen Lebens am besten gerecht wird. Es wird hierum aber in Deutschland ausserordentlich schwere Kämpfe geben, denn in der Öffentlichkeit hat die Seite Oberhand, die laut und sensationell verkündet, wir hätten zuviel Bauern in der Bundesrepublik, die Lösung der Agrarfrage liege im Ausscheiden der kleinen Höfe und im Uebergang zu grösseren Betriebs-einheiten.

In der Bundesrepublik ist die Substanz der Familienbetriebe bedroht. Das ist eine Tatsache, die nicht nur die deutschen Bauern etwas angeht, sondern die gesamte Landwirtschaft im freien Teil Europas. Das COPA, der Zusammenschluss der landwirtschaftlichen berufsständischen Organisationen in der EWG, hat sich für die allmähliche Annäherung an das deutsche Preisniveau erklärt. Das Bauerntum Europas sollte sehr aufmerksam die agrarpolitischen Vorgänge in der Bundesrepublik verfolgen, denn sie sind bezeichnend für die Schwierigkeiten, in der modernen Industriegesellschaft Gerechtigkeit für die Landwirtschaft zu erreichen. L.I.

## Wichtige Rundfrage an das Handelsgewerbe

Alle Handelstreibenden des Landes sind im Laufe dieser Woche aufgefordert worden, zur Frage des Ladenschlusses Stellung zu nehmen.

Von den eingehenden Antworten wird es weitgehend abhängen, wie eine kommende Ladenschlussordnung aussehen wird.

Folgende Fragen sind zu beantworten:

1. Sind Sie mit den derzeit geltenden Ladenschlusszeiten am Abend

Sommer 19.00 Uhr - Samstag 18.00 Uhr  
Winter 18.30 Uhr - Samstag 17.30 Uhr

zufrieden und einverstanden? Ja oder Nein.

2. Sind Sie für eine einheitliche, das ganze Land umfassende und das ganze Jahr geltende Einführung eines freien Halbtages, auch im Weihnachtsmonat und während der Ausverkäufe? Ja oder Nein.

3. Wenn Sie den freien Halbtag bejahen, sind Sie für Dienstagnachmittag oder Donnerstagnachmittag?

4. Sind Sie dafür, dass im Weihnachtsmonat neben den zwei letzten Sonntagen vor Weihnachten auch Maria Empfängnis (8. Dezember) offen gehalten werden soll? Ja oder Nein.

5. Sind Sie dafür, dass am Heiligabend und am Silvesterabend um 16.30 Uhr geschlossen wird? Ja oder Nein.

6. Ziehen Sie unter Umständen die volle Freigabe der Ladenschlusszeiten und auch die Auflassung des freien Halbtages einer gesetzlichen Regelung vor, sodass in Zukunft jedermann offen halten kann wie er will, ausser an Sonn- und Feiertagen? In diesem Falle würden nur die Arbeitszeiten der Angestellten geregelt, unter Einführung eines freien Halbtages nur für diese. Ja oder Nein.

Die bisher eingetroffenen Antworten zeigen mit überwältigender Mehrheit, dass eine Ladenschlussordnung gewünscht wird und dass die bisherigen Zeiten entsprechen und dass auch ein freier Halbtag verlangt wird. Die Geschäftsstelle der Gewerbebotschaft erwartet, dass alle angeschriebenen Geschäfte bis 31. 1. ihre Stellungnahme bekannt geben, damit ein Gesamtbild gewonnen werden kann.

Ein Geschäftsmann aus dem Unterlande legt dem ausgefüllten Fragebogen folgende Bemerkungen bei:

Hierzu möchte ich noch ergänzend mitteilen, dass ich schon mehr als ein Jahr als einziger in E. jeden Mittwochnachmittag geschlossen halte, ebenso mittags von 12.15 bis 13.25 Uhr. Auch abends schliesse ich zur vorgeschriebenen Zeit. Da mit den hiesigen anderen

**Tribüne**  
DER FREIEN MEINUNG

### Gegenrecht?

In wenigen Tagen ist der Termin zur Eingabe der Pläne für die erste Baustufe des neuen Post- und Bankgebäudes in Vaduz abgelaufen.

Bekanntlich wurden für dieses Projekt auch Einladungen an 7 Architekten, die nicht in Liechtenstein domiziliert und steuerpflichtig sind verschickt. Wie in Erfahrung gebracht werden konnte, hatten die liechtensteinischen Architekten bis heute noch nie die Möglichkeit an der Gestaltung eines öffentlichen Gebäudes ausserhalb unseres Landes mitzuwirken. Sollte die getroffene Lösung vielleicht dazu dienen, dieses «Gegenrecht» für zukünftige öffentliche Bauten ausserhalb unseres Landes zu erreichen? Kritikus

Geschäftsleuten über diesen Punkt nicht zu reden ist, habe ich das eben allein eingeführt. Und das wird Sie sicher interessieren: Meine Kundschaft hatte sich sofort daran gewöhnt, und ich habe auch wegen dieser Ordnung noch nie eine Reklamation von den Kunden erhalten. Ganz im Gegenteil, sie sehen das vollkommen ein, dass auch der Geschäftsinhaber keine Maschine ist und seine Ruhezeit haben muss. Ich sehe nicht ein, warum sich die Gewerbetreibenden des ganzen Landes von einigen, die den Hals nie voll bekommen können, eine geradezu unmögliche Geschäftszeit aufdiktieren lassen sollen. Vielleicht merken diese dann, wenn alles geregelt ist, dass mit einer verkürzten Geschäftszeit genau gleich viel verdienen kann wie vorher. Eine einheitliche Ladenschlussordnung, die in allen Nachbarländern schon längst selbstverständlich ist, müsste doch auch hier in Liechtenstein einzuführen sein. OB

Das war unserer Meinung ein sehr zutreffendes Wort. Es gilt nun, dass wir alle zusammen doch zu einer tragbaren und befriedigenden Lösung kommen, für die Kunden, für die Angestellten im Handel und nicht zuletzt für die Geschäftsinhaber.

### Internationales Seminar für Betriebsführung im Waldhotel

Am 24. und 25. Januar 1963 fand im Waldhotel in Vaduz ein Seminar für die neuzeitlichen Verfahren der Untersuchung, Planung und Ueberwachung der Vorhaben und Abläufe im Unternehmen, insbesondere in der Textilindustrie, statt. Der Veranstalter war die Treuhandgesellschaft für Entwicklungsarbeiten in der Industrie m.B.H., Düsseldorf. Leiter und Hauptvortragender war Herr Dr.-Ing. Manfred Knayer, Stuttgart, der erst kürzlich aus Guatemala von einem Auftrag als Dozent und Berater zurückgekehrt war.

Weitere Vortragende waren Herr Dr. Gerhart Bruckmann, Wien, und Herr Textil-Ing. Karl Heinz Vits, Fulda.

Indes der Unternehmer früher seinen Betrieb mehr nach Erfahrung und Gefühl leiten musste, stehen ihm heute zahlreiche zeichnerische und rechnerische Verfahren zur Verfügung, die es ihm erlauben, Schlüsse aus der Vergangenheit auf kommende Geschehnisse mit erhöhter Zuverlässigkeit zu ziehen, seine Vorhaben besser zu planen, den Bedarf an Material, Arbeits- und Maschinenstunden mit hoher Genauigkeit zu ermitteln, die verfügbaren Mittel richtig auszunutzen, den tatsächlichen Verlauf mit dem geplanten zu vergleichen und etwa nötige Eingriffe vorzunehmen.

Diese Verfahren sind zum Teil erst wenig bekannt. Das Seminar hatte vor allem die Auf-

### Liechtensteinischer Regierungsbesuch in Chur

Wie uns der Pressedienst der f. Regierung mitteilt, folgten die Herren Regierungschef Dr. Gerard Batliner, Vize-Regierungschef Josef Büchel und Alt-Regierungschef Dr. Alexander Frick gestern einer Einladung der Regierung des Kantons Graubünden nach Chur. Um zirka 11.30 Uhr wurden die Gäste vom Kleinen Rat des Kantons Graubünden im Regierungsgebäude empfangen. Nach dem Empfang fand ein gemeinsames Mittagessen statt.